

**Annoncen**  
Annahme-Bureau  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Streissand,  
in Meseritz bei Ph. Matthias.

# Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Nr. 245.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt kostet vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 6. April.

**Binn:**  
Annahme-Bureau  
In Berlin, Dresden,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei C. L. Daube & Co.,  
Haarlestein & Vogler,  
Rudolph Nossé.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

1882.

Inserate 20 Pf. die schriftgefasste Tettzeile über deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

## Erscheinen der Zeitung.

Am ersten Osterfeiertag erscheint keine Zeitung, weil die Ausgabestellen geschlossen sind. Unsere letzte Hauptnummer vor dem Feste erscheint Sonnabend Abend um 8 Uhr, und ist sowohl in der Expedition, als auch bei den Distributionsstellen in Empfang zu nehmen. Inserate für diese Nummer werden bis 2 Uhr Nachmittags angekommen. Die kleine Abend-Ausgabe fällt am Sonnabend weg. Die nächste Nummer nach dem Feste erscheint Dienstag, den 11. April Mittags.

## Amtliches.

Berlin, 5. April. Der König hat dem Konfessorial-Präsidenten Dr. Rödecker zu Magdeburg die nachgesuchte Entlassung aus seinem Amt ertheilt und denselben den Charakter als Wirklicher Ober-Konsistorial-Rath mit dem Range eines Rates Erster Klasse, sowie den praktischen Aerzten Dr. med. Lindau in Thorn und Dr. med. Rheinstädter in Köln den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Der bisherige ordentliche Lehrer am Gymnasium in Hirschberg, Schäube, ist als Oberlehrer an das Gymnasium in Brieg versetzt worden. Die Ernennung des ordentlichen Lehrers Trantow am Gymnasium zu Rottbus zum Oberlehrer an dieser Anstalt und die Berufung des ordentlichen Lehrers Dr. Stephan am Domgymnasium zu Naumburg a. S. als Oberlehrer an das Gymnasium zu Rottbus sind genehmigt worden.

## Politische Uebersicht.

Posen, den 6. April.

Die Angabe, daß der Reichskanzler zu dem kirchenpolitischen Kompromiß bereits seine Zustimmung erklärt habe, wird von der „Nord. Allg. Ztg.“ in fast gereiztem Ton als unrichtig bezeichnet. Damit stimmt auch die Bemerkung der heutigen „Provinzial-Korrespondenz“ überein, es lasse sich noch nicht übersehen, ob die Vorlage Gesetz werden wird. Es scheint sonach, daß die Zustimmung der Regierung zu dem Kompromiß durchaus noch nicht so ausgemacht ist, wie man anzunehmen pflegte, und daß die Zurückhaltung der Minister bei der Beratung und Abstimmung über den Gesetzentwurf ihre guten Gründe hatte. Drastischer könnte die Unsicherheit und Verschrenktheit unserer parlamentarischen Verhältnisse, der Mangel an Fühlung mit der ausschlaggebenden Instanz nicht zu Tage treten, als wenn dies mühsam zustande gekommene Kompromiß noch in letzter Stunde sich als eine Fehlgeburt erweisen sollte.

Der gefürige „Staatsanzeiger“ veröffentlicht fünf Tage nach dem verfassungsmäßigen Termin, das Etatsgesetz noch nicht.

Der von den Mitgliedern der liberalen Vereinigung in Aussicht genommene Parteitag der Vertrauensmänner wird in Berlin am 6. Mai stattfinden. Die Einladungen mit der Tagesordnung werden, wie die „L. C.“ meldet, in den nächsten Tagen versandt werden.

Die Kommission zur Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Kommanditgesellschaften auf Aktien und die Aktiengesellschaften hat seit dem 24. v. M. täglich mehrstündige Sitzungen im Reichsjustizamt unter Vorsitz des Staatssekretärs v. Schelling gehalten. Wie verlautet, ist der Entwurf allgemein als ein gebiegenes, mit Umficht und praktischer Einsicht gearbeitetes Werk anerkannt worden; indessen ist derselbe in manchen Punkten abgeschwächt, obschon die Sachverständigen die Tendenzen der größeren Publizität und Verantwortlichkeit der Gründer wie der Organe der Gesellschaft teilen. Da noch einige wichtige Punkte wie die Bilanz und die Strafbestimmungen zu berathen sind, werden die Konferenzen kaum vor Ostern ihren Abschluß finden.

Die „Magdeb. Ztg.“ läßt sich aus München telegraphisch melden, daß die bayrische Regierung sich gegen das Tabakmonopol entschieden habe. Man darf nach Lage der Verhältnisse wohl als sicher annehmen, daß die bayrischen Stimmen im Bundesrathe gegen das Monopol abgegeben werden. Weigert sich dann auch noch Hessen, dem Fürsten Bismarck Heeresfolge zu leisten, so ist schwerlich auch nur eine einfache Majorität für das Monopol zu erzielen, denn, soweit sich übersehen läßt, sind außer Württemberg, den beiden Mecklenburg und Anhalt alle Mittel- und Kleinstaaten auf die entschiedenste Gegnerschaft angewiesen. Der Großherzog von Oldenburg hat vor einigen Tagen persönlich eine Deputation der Tabaksinteressenten seines Landes empfangen und aus deren Händen eine an die Staatsregierung gerichtete Petition um Ablehnung des Monopols entgegengenommen.

Wie der „Frank. Ztg.“ aus dem Haag telegraphirt wird,

haben Frankreich und Deutschland dem internationalen Vertrag, betreffend die Aufsicht über die Fischerei in der Nordsee zugestimmt. Der Vertrag wird alsbald durch alle interessirten Staaten unterzeichnet werden.

In Frankreich sind die Gambettisten, wie der „Poz“ gemeint wird, wieder etwas ermutigt durch Gambetta's Wahl zum Präsidenten der Armeekommission, hoffen sehr auf die begonnenen parlamentarischen Ferien, um das stark erschütterte Prestige ihres Chefs wieder ein wenig aufzurichten. Nach ihrer Ansicht nämlich wären Frankreich und die Wähler noch immer völlig im Unklaren, weshalb die Kammer Gambetta am 26. Januar gestürzt habe, und somit würde jetzt dies Ereignis der hauptsächlichste und schwer zu erklärende Gegenstand der Unterhaltungen zwischen Deputirten und ihren Rechenschaft fordern Wählern sein. Die „République française“ greift hierbei die Instruktion auf, daß Gambetta's Regierung Frankreich binnen Kurzem in die ernstesten auswärtigen Verwicklungen und kriegerische Abenteuer gestürzt haben würde, nennt solches „unbeweisbare Verleumdung“ und fordert in hochfahrender Weise energisch die sofortige Öffentlichkeit aller diplomatischen Aktenstücke über Gambetta's Politik, speziell hinsichtlich der ägyptischen Angelegenheiten; denn das „Ungegründete“ jener Verdächtigungen würde dadurch sofort dargethan werden. Obwohl die mannigfachen Gerüchte der letzten Zeit von den Bemühungen Gambetta's und ihm ergebener Freunde in der Finanzwelt eine Reihe antigambettistischer Pariser Zeitungen zu erwerben und für Gambetta damit wieder zu gewinnen, von letzteren dementirt sind, ist dennoch die Konstituierung eines Gambettistischen Syndikats tatsächlich, zum Zweck, nicht nur die unabhängigen und feindseligen Blätter in Paris und der Provinz anzulaufen oder durch Subventionen umzustimmen, sondern auch Gambettistische Propaganda zu machen durch Vertheilung von Broschüren, durch Konferenzen und Gründungen von Agitationsvereinen. Die Gambettisten suchen also mit allen Mitteln die schwer geschädigte Popularität Gambetta's wieder zu heben.

Den „Temps“ wird aus Tunis vom 1. April, Abends, von seinem Korrespondenten telegraphirt:

Ich habe genaue Erfundigungen eingezogen und kann versichern, daß die Gerüchte hinsichtlich eines neuen Aufstandes unter den westlichen Stämmen unbegründet sind. Die größte Ruhe herrscht in jenen Regionen, aber es finden in der letzten Zeit ziemlich zahlreiche Garnisonwechsel und Übungsmärsche statt, aus denen dann eine aufständische Bewegung gemacht wurde. General Forgemol ist heute zu einer Truppenfahrt nach Delbarab abgegangen, um die Bataillone zu inspirieren, die übermorgen den Marsch nach Mateu und weiter antreten sollen. Morgen wird der neue Ministerresident, Dr. Cambon, mit dem General-Konul Challet an Bord des Aviso-dampfers „Gironnelle“ hier erwartet. Der General Forgemol hat Befehl ertheilt, daß die Truppen morgen bereit sein sollen, Dr. Cambon die militärischen Ehren zu erweisen... Aus dem Süden werden einige unbedeutende Bewegungen der Einheimischen gemeldet. — Der Fahrerstag der sizilianischen Vesper ist bisher ruhig verlaufen. Zahlreiche Patrouillen durchkreuzen die Stadt in allen Richtungen, um Zusammenstöße zwischen Italienern und Franzosen zu verhindern.

Die Verhängung des Belagerungsstatus ist anders über Barcelona ausgeübt zu haben. Wenigstens hat der Telegraph nichts von erneuten Ruhestörungen berichtet. Wie dem „Temps“ aus Madrid vom 1. d. telegraphirt wird, hält der General Blanco die Ordnung und Ruhe augenblicklich für gesichert. Die Anwesenheit großer Truppenabtheilungen in der Stadt hat die Industriellen und Ladeninhaber ermutigt, ihre Geschäfte wieder zu öffnen. Der Ministerpräsident Sagasta hat gegen die katalanischen Industriellen in der Kammer eine sehr scharfe Sprache geführt und erklärt, daß berartige Ereignisse nicht geeignet seien, weder die Regierung, noch die Kammer zu beeinflussen. Die Gesetze würden unbedingt zur Anwendung gelangen und die Ordnung aufrecht erhalten werden.

Die Madrider Presse billigt vollkommen das Verhalten des Ministeriums. Auf eine Interpellation der Konservativen hat Sagasta mit der Versicherung geantwortet, daß das Kabinett für Finanz-, Zoll- und wirtschaftlichen Entwürfe des Finanz-Ministers Comacho solidarisch eintrete und daher entschlossen sei, den Handelsvertrag mit Frankreich und die Tarifreformen für die Hauptstadt und die Kolonien zu vertheidigen, Reformen, welche, wie Sagasta versicherte, der Industrie weit mehr Vorteile böten als der Landwirtschaft.

Über den Verlauf der aufrührerischen Bewegung in Barcelona liegen nunmehr Berichte vor, denen wir folgende Einzelheiten entnehmen:

Am 29. März wurden die Fabriken und Läden in der Stadt geschlossen, die Baracken des Oktroi in Brand gestellt und zur Beschwichtigung der Aufläufe einundfünfzig Personen verhaftet. Am nächsten Tage waren die Straßen von einer starken Volksmenge bedeckt, die Vorstädte in voller Aufregung, die Arbeiter Drohruhe austossten, die Läden stürmend und sich auf die Oktrois stürzend. Beamte der Mauth wurden verwundet, worauf die Bürgergarde Feuer gab und die Aufrührer zerstreute. Polizei- und Gendarmeriepatrouillen drängten die Arbeiter zurück. Die Eisenbahnhäuse waren bedroht und mußten von den Truppen besetzt werden, welche die Arbeiter im Baum hielten

Diese sind von den Agitatoren der Internationale aufgestachelt, welche in Barcelona, Madrid und Xeres Zweigvereine besitzen. Es bestätigt sich, daß man die Rufe: Es lebe die föderale Republik! ausgestoßen hat. Auf telegraphischen Befehl des Kriegsministers hat der General Blanco sechtausend Mann auf die Posten und Kasernen von Barcelona verteilt. Nicht bloß in Barcelona, sondern auch in mehreren anderen großen Städten Kataloniens sind die Läden und Fabriken geschlossen worden und in den anderen Provinzen thut sich ein passiver Widerstand kund.

Die von Sagasta bewiesene Energie hat dem Lande und den Behörden gezeigt, daß so lange eine kraftvolle, zielbewußte Regierung die Zügel in Händen hat und dem Militär vertrauen kann, selbst in dem an revolutionären Bündnissen so gefährlichen Katalonien Ruhe und Ordnung ohne viel Blutvergießen aufrecht erhalten werden kann. Hätte die Madrider Regierung diesmal geschwankt und sich schwach und unsicher gezeigt, so hätten die Ernstesten Eventualitäten nicht mehr überraschen können.

Der „Temps“ meldet aus Madrid, die versöhnliche Stimmung der Bevölkerung von Barcelona habe wieder umgeschlagen, seitdem bekannt geworden, daß Sagasta den Handelsvertrag den Cortes unverändert vorlegen will. Die Vorstände der Arbeiter- und Gewerbevereine erklärten dem Generalkapitän Blanco, welcher sie zu sich beschieden hatte, daß es ihnen unmöglich sei, etwaige Manifestationen zu verhindern, worauf Blanco anordnete, daß sich die Truppen in den Kasernen bereit halten sollten. Am 3. d. schien die Stadt ruhig, aber es zirkulirten Weisungen der Komitees, die Werkstätten und Kaufläden zu sperren und sich Vormittags auf den Boulevards zusammenzufinden. Um 10 Uhr sahen sich die wenigen Fabriken, in welchen gearbeitet wurde, angehieb der Haltung der Menge gezwungen, zu schließen, und Tausende von Arbeitern begaben sich ruhig auf angezeigten Sammelplatz. Mittags telegraphirte Blanco nach Madrid, die Situation sei schwierig, der Handelsvertrag bilde fast die einzige Ursache des Widerstandes. Eine Stunde später telegraphirte er: Ich werde eine Versammlung der Fabrikanten und Industriellen zusammenberufen, der Widerstand kommt von oben, die Mutter der Arbeiter ist außerordentlich. Kein einziger aufrührerischer Auftritt. Die Truppen bleiben konstnirt, das Ministerium bleibt fest; es ergreift Maßregeln, um eventuell in anderen katalanischen Städten Truppen konzentriren zu können und soll die öffentliche Meinung von Madrid auf seiner Seite haben. Man soll sehr aufgebracht gegen die Katalanier sein. In den Cortes sind Demokraten, Radikale und Republikaner geneigt, die Regierung zu unterstützen.

Bradlaugh, der, wie bekannt, von Northampton in England gewählt wurde und sich — als Atheist — weigerte, den vorgeerbten Eid zu leisten, hat jetzt die Folgen dieses seines Schrittes in pekuniärer Beziehung sehr empfindlich zu büßen. Gegen seine Verurtheilung zu einer Geldbuße von 500 Pfund Sterling wegen unbefugter Beihilfe an den Abstimmungen im Unterhause hatte der Abgeordnete von Northampton die Verurteilung an den Oberhauses eingefordert und 200 Pfund Sterling in den Gebührenfonds des hohen Hauses der Lords als Bürgschaft für die entstehenden Kosten eingezahlt. Nichtsdestoweniger hat der Queens-Bench-Gerichtshof das Urtheil erster Instanz für rechtstätig erklärt und Herrn Bradlaugh aufgetragen, die Geldbuße von 500 Pfund Sterling binnen 14 Tagen zu erlegen. Kann er diese Geldbuße nicht zahlen, so wird er für bankrot und in Folge dessen für unfähig erklärt, Parlamentsmitglied zu sein.

Aus Irland wird ein neuer agrarischer Mord gemeldet. Das Opfer ist ein Friedensrichter und Grundbesitzer in Castleisland, Grafschaft Kerry, Namens Herbert, welcher in der Nähe seiner Behausung und in kurzer Entfernung von der Militär-Kaserne neulich erschossen wurde. Der Mörder ist natürlich noch nicht entdeckt; der Ermordete gehörte zur Kategorie der unpopulären Landlords. Außer diesem werden neue Erzesse gemeldet. In der Grafschaft Westmeath wurde Sonntag auf den Grundbesitzer Smythe auf der Heimfahrt von der Kirche geschossen. Sonntag Abend wurde versucht, die Polizeikaserne in Limerick durch Dynamit zu sprengen. Mehrere Patronen, die auf das Fenster gesetzt waren, explodierten, wodurch die Kaserne und ein anstoßendes Haus stark beschädigt wurden. Drei Verdächtige wurden verhaftet. Die Polizei Manchester erhielt aus zuverlässiger Quelle Mitteilung, daß Fenier zu Ostern das neue Rathaus in die Luft zu sprengen beabsichtigen. Das Gebäude wird Tag und Nacht von Konstabfern schaft bewacht. Fräulein Mary O'Connor, Schwester des Abgeordneten, wurde vom Kriminalgericht in Athlone zu sechs Monat Gefängnis verurteilt, weil dieselbe auf einem Meeting die Pächter zur Nichtzahlung des Pachtzinses aufgefordert hatte.

Der Prozeß gegen den Attentäter Maclean beginnt am 18. vor dem Schwurgericht in Reading unter dem Präsidium des Lordoberrichters.

Die von panslawistischen Blättern in die Welt gesetzte Nachricht von dem projektirten Naturalisationszwang der in Russland lebenden





